

Ltd. KMD Dr. Meilicke berichtete, dass große Krankenhäuser dem Gesundheitsamt nach zwei Wochen mitteilten, Tbc-Patienten entlassen zu haben. Dies seien anfangs Einzelfälle gewesen seien.

Es werde jedoch zur Routine, dass die Krankenhäuser, die Druck von den Krankenkassen bekämen, Patienten frühzeitig entließen.

Man stehe vor der neuen Situation, dass Patienten mit offener Tuberkulose, die aktiv ansteckend sei, nach Hause entlassen werden.

Das Gesundheitsamt müsse diese Personen beraten, Schutzmaßnahmen verordnen und die Einhaltung dieser Maßnahmen überprüfen. Es sei eine neue Herausforderung, die quantitativ durch das Personal kaum zu leisten sei.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse dankte für die Sensibilisierung in dem Bereich.

Ltd. KVD Allroggen sagte, dass das Thema „Notfallversorgung“ nicht vergessen worden sei. Herr Dr. Meilicke habe eine neue Mitteilung hierzu.

Ltd. KMD Dr. Meilicke teilte mit, dass man, nachdem man über die hiesige Vertretung versucht habe, greifbare Informationen zu bekommen, den direkten Weg nach Düsseldorf gewählt habe. Auf die Aufforderung hin, an dieser Sitzung teilzunehmen, habe er am Montag einen Anruf erhalten. Ihm sei mitgeteilt worden, dass man darüber gesprochen habe und der jetzige Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung beschlossen habe, die neuen Kammerwahlen der Ärzte abzuwarten. Der neue Vorstand, der im Frühjahr 2017 in Amt und Würden ist, werde sich im nächsten Jahr mit dem Thema befassen.

SkE Klippel führte aus, dass man am Vorabend des neuen Bundesteilhabegesetzes stehe, was eine komplette Veränderung der Eingliederungshilfe bedeuten würde. Er bat, dass in der kommenden Sitzung über die Auswirkungen berichtet werde, die bei Beschluss des aktuellen Entwurfs eintreten würden.

Ltd. KVD Allroggen dankte für die Anfrage und bestätigte, dass es um eine ganz wichtige gesetzliche Neuerung gehe. Man habe im Fachausschuss des Landkreistages darüber beraten. Dieses Gesetz werde mit finanziellen Verbesserungen für die Kommunen verbunden. Es sei aber bisher nicht erkennbar, welche Auswirkungen es auf die tatsächliche Arbeitssituation in den kommunalen Verwaltungen vor Ort haben werde. Der Staatssekretär, den er gehört habe, sprach von einer stärker einzelfallorientierten Prüfung mit eventuellen Mehraufwendungen für Länder und Kommunen. Dies könne bedeuten, dass sich dahinter viel Mehrarbeit verberge. Daher habe er in der letzten Sitzung des Sozialausschusses Landkreistag angeregt, über den Verwaltungsaufwand konkreter nachzudenken. Einige Kreise würden sich nun damit befassen. Er hoffe, dass das Ergebnis in der nächsten Sitzung vorliegen werde. Man müsse sich dieses Gesetzeswerk in allen Auswirkungen ansehen.

Der Bund denke nicht immer daran, was dann letztlich vor Ort umgesetzt werden müsse.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse erinnerte, dass es im Haus eine Organisationsuntersuchung zum Thema Eingliederungshilfe gegeben habe. Sie erfragte, ob die Fachausschüsse mit dieser Thematik beschäftigt werden würden.

Ltd. KVD Allroggen sagte, dass von der Verwaltungsspitze mit der Politik abgeklärt worden sei, dass es Anfang September eine Sondersitzung Personalausschuss geben werde. Da würden die Untersuchungsergebnisse auch von Fa. con\_sens einfließen.

Danach solle entschieden werden, wie und wann die Fachausschüsse mit welchen Fragen befasst werden.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse bat, den Ausschuss über das Ergebnis zu informieren. Es sei wichtig, dass es in den Fachausschüssen und nicht nur im Personalausschuss behandelt werde.

Ltd. KVD Allroggen sagte zu, dass dies ins Protokoll aufgenommen werde.